

## Schutz vor Ausbeutung

14. März 2018

### Beratungsangebot für Geflüchtete klärt über Arbeitnehmerrechte auf

**Kiel.** Für Menschen, die es nach einer Flucht aus ihrer Heimat so weit durch die bürokratischen Verfahren in Deutschland geschafft haben, dass sie hier eine Arbeit aufnehmen können, sind noch längst nicht alle Hürden überwunden. Nur wenige Geflüchtete wissen im deutschen Arbeitsrecht so gut Bescheid, dass sie ihre Rechte kennen und zum Beispiel auch wissen, wie hoch der Mindestlohn in ihrem Beschäftigungsbereich ist. Es gibt Arbeitgeber, die das vermutlich bewusst ausnutzen. Das bundesweite Projekt „Faire Integration“ schafft seit Herbst 2017 deshalb in den Bundesländern spezielle Beratungsangebote für Geflüchtete. In Kiel ist diese Beratung beim Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein (advsh) in der Herzog-Friedrich-Straße angesiedelt.

Die Bezahlung unter Mindestlohn ist nur eines der möglichen Probleme. Manchmal werden grundlegende Rechte wie der Urlaubsanspruch verletzt. Hanan Kadri und Stefan Wickmann, die beim advsh für das Beratungsangebot Ansprechpersonen sind, kennen auch Fälle, in denen Arbeitgeber offenbar mit voller Absicht nicht nur ihre unwissenden Arbeitnehmer ausbeuten, sondern parallel auch noch das deutsche Sozialsystem betrügen.

„Oft trifft es genau die Menschen, die gerne arbeiten wollen, um niemandem auf der Tasche zu liegen. Die sind dankbar, wenn sie einen Job bekommen. Und genau die lassen sich dann ausbeuten“, sagt Hanan Kadri. Und manchmal kommt es auch vor, dass Menschen aufgrund nicht eindeutig geregelter Zuständigkeiten von Verwaltungsstelle zu Verwaltungsstelle weitergeleitet werden und dabei durch alle Regelungslücken fallen. Nicht selten sind die Fälle, mit denen es das Beratungsteam zu tun bekommt, mit echter Detektivarbeit verbunden, bei der zunächst die anwendbaren Regeln und Gesetze identifiziert werden müssen, bevor einer Rat suchenden Person geholfen werden kann.

Wer sich betroffen fühlt, kann sich direkt an das Beratungsteam wenden. Darüber hinaus arbeitet der advsh mit Behörden und anderen Beratungsstellen zusammen und informiert auf Veranstaltungen über die Problematik und das Beratungsangebot. kst

*Kontakt: Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein, Herzog-Friedrich-Straße 49, Kiel.  
Tel. 0431/69668455, E-Mail: [fi-beratung@advsh.de](mailto:fi-beratung@advsh.de). Die Beratung ist kostenlos und  
vertraulich. Weitere Infos unter [www.iq-netzwerk-sh.de](http://www.iq-netzwerk-sh.de)*



Hanan Kadri und Stefan Wickmann informieren geflüchtete Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einsteigen wollen, über ihre Rechte als Arbeitnehmer. FOTO: JAN KÖSTER